



ZUGESPITZT

Die Gleichheit, die man sich gönnt

Bürgerliche und Wirtschaftsverbände schüren diffuse Ängste vor 1:12. Die Initiative stelle eine grosse Gefahr für die Wirtschaft dar. Doch fest steht: Ist der Wohlstand in einer Gesellschaft gerechter verteilt, kommt dies allen zugute.

Wenn die Gegnerinnen und Gegner einer Initiative bereits weit vor der heissesten Phase des Abstimmungskampfs ihre gesamte Strategie darauf auslegen, Panikmache zu betreiben, dann zeigt das vor allem, wie sehr sie selber die Hosen voll haben. Wenn es um die 1:12-Initiative geht, dann ziehen die Wirtschaftsverbände und ihre bürgerlichen SteigbügelhalterInnen in den Parlamenten alle Register. Neben dem Ausmalen abstruser Bedrohungsszenarios tun sie das nun mit «Studien», bei denen man nicht schlecht Lust bekommt ihnen mitzuteilen, wie man Studien liest. Selbst die HSG bezeichnet in der vom Gewerbeverband

Igor Kravarik



1:12

ja! am 24. November

bestellten Studie Ausfälle von vier Milliarden Schweizerfranken als sehr unwahrscheinlich und hält es sogar für möglich, dass die Steuereinnahmen steigen. Darüber verliert man bei den Angstmachern natürlich kein Wort.

Wer für exorbitante Löhne Politik betreibt, kommt schnell in Erklärungsnot. Plötzlich wird auf absurde Nebenschauplätze ausgewichen, um vom Kern des Themas abzulenken. Erstaunlich ist das nicht, denn: Explodierende Superlöhne bei sinkender Realkaufkraft bei niedrigen und mittleren Einkommen – wie es wegen steigender Mieten und Prämien der Fall ist – sind schädlich. Der britische Sozialforscher Richard Wilkinson kommt zum Schluss: «Überall zeigt sich, dass «ungleiche» Staaten wesentlich schlechter dastehen. Und zwar nicht nur ein bisschen schlechter.»

Wir müssen in der Schweiz ein wirksames Mittel gegen eine Situation schaffen, in der sich die Spitzenverdiener immer absurde Boni auszahlen, während sie gleichzeitig Standorte schliessen, um die Profite noch mehr zu maximieren. Die 1:12-Initiative ist dieses Mittel. Aber sie ist noch mehr: Gemeinsam mit der Mindestlohninitiative und der Erbschaftsteuer ist 1:12 ein Instrument, um der Gleichheit, die wir als eines der reichsten Länder der Welt haben könnten, näher zu kommen. Dieser Reichtum wurde nicht von den Vasellas und

Dougans geschaffen. Er ist Produkt der täglichen Arbeit von uns allen und im Besonderen der Búezerinnen und Búezer, also derer, die am wenigsten von ihm profitieren. Gönnen wir uns also Gleichheit, wir brauchen sie.

Florian Sieber
1:12-Kampagnenleiter
der SP Thurgau



PORTRÄT

Filomena Bünter-Macario, unser neuer Wirbel

Filomena Bünter-Macario ist seit diesem Sommer im Vorstand der SP Frauenfeld neue Kassierin und Vizepräsidentin. Vor kurzem wurde zusätzlich ihre Kandidatur für die Oberstufen-Schulbehörde von Frauenfeld öffentlich gemacht. Höchste Zeit, die Person und Politikerin euch Leserinnen und Lesern etwas genauer vorzustellen.

Bünter-Macario wurde 1971 ganz im Süden von Italien, in Catanzaro (Kalabrien) als erstes von sechs Kindern geboren. Bis sie 1998 der Liebe wegen in die Schweiz einwanderte, hat sie in ihrem «Rucksack» viel Lebenserfahrung angesammelt. Sie selbst beschreibt sie als aussergewöhnliches Mädchen in ihrem Dorf, wo sie aufgewachsen ist. Im Kalabrien von damals hatte es eine Frau mit einem grossen Drang zur Selbstständigkeit immer wieder schwer. Ihre eigenen Vorstellungen von einem freien Leben standen denen der konservativen Eltern diametral gegenüber.

1991 schloss sie das «Agrotecnico» ab, eine Schule für Agronomie, deren Abschluss vergleichbar mit der Schweizer Matura ist. Filomena wollte eigentlich unbedingt studieren, alle Universitäten wären ihr offen gestanden – doch alleine in einer anderen Stadt zu wohnen, das kam für die Eltern nicht in Frage. Auch finanziell lag es nicht drin, Filomena musste selbst Geld heimbringen. So entschloss sie sich mit 21 Jahren zu heiraten, um vom Elternhaus frei leben zu können. Die erste Liebe scheiterte jedoch nach nur einem Jahr. Kinderlos und mittlerweile in Norditalien wohnend, arbeitete die ungelernete junge Frau in diversen Jobs, meist schwarz, weil eine Festanstellung im Service und später als Briefträgerin praktisch unmöglich war.

Das alles habe – neben all den Schwierigkeiten und einem zwischenzeitlichen Bruch mit ihren Eltern – sie selbst stärker gemacht. Man glaubt es ihr sofort.

Schon immer politisch interessiert

Filomenas Vater war in der zu dieser Zeit sehr starken Kommunistischen Partei, sie selbst konnte sich mit den Idealen der Partei identifizieren – und gegen ein Engagement bei den jungen Kommunisten konnten ihre strengen Eltern ja schlecht etwas sagen. So trat sie mit siebzehn in die Partei ein. Doch das von den Eltern geduldete Engagement liess nur wenig Aktivität zu – denn die Sitzungen fanden nun mal am Abend oder gar in einer anderen Stadt statt – zu viel für ein Mädchen, das in den Augen der Eltern vor allem heiraten und eine Familie gründen sollte. Dass sie als Frau aber nicht die gleichen Möglichkeiten wie die Männer hatte, verstand sie nie.

Obwohl Filomena sich anschliessend aus der Politik zurückzog, blieb sie innerlich immer dran und hatte fest vor, sich wieder zu engagieren. Dass sie dieses Engagement schliesslich in der Schweiz wieder aufnehmen würde, hätte sie sich damals wohl nicht träumen lassen.

Como – Gerlikon, ein One-Way-Ticket

In Como lernte sie ihren heutigen Mann – einen Schweizer, der in Herdern aufgewachsen ist – kennen. Die beiden verstanden sich zwar sprachlich nicht, dafür aber auf allen anderen Ebenen. Nach vielen Besuchen entschied sich Filomena, in die Schweiz zu ziehen. Sie fand eine Stelle als Aupair – und so trat Filomena 1998 ihre erste Stelle in der Schweiz an – samt Baby im Arm und mit Gerlikon als neuem Wohnort. Ein Ort, innerhalb dessen sie zwar umzog, den die Familie Bünter aber nicht mehr verliess. Im Gespräch stellt Filomena auch klar, dass sie nicht vorhat, wieder nach Italien zurückzukehren – Entweder-oder ist ihr Motto in dieser Hinsicht und natürlich tragen ein Schweizer Ehemann und ihre Kinder – 2003 kam zum Sohn noch eine Tochter dazu – das Ihre dazu bei.

2005 bauten die Bünters ein grosszügiges Haus. Das bringt jedoch auch Pflichten mit sich, und so suchte Filomena mal wieder eine Arbeitsstelle und bekam bei Denner – mal wieder als Quereinsteigerin – eine Chance. In der Warenannahme gefiel es ihr und sie hatte mit Menschen zu tun – sehr wichtig für sie, die ständig daran ist, ihr Deutsch zu verbessern. Als sie eine Festanstellung angeboten bekam, erkämpfte sie sich einen würdigen Lohn von 4000 Franken – auch das wäre noch zu wenig, wenn man bei den Schweizer Lebenshaltungskosten eine Familie ernähren müsste, fügt sie an.

Vor fünf Jahren dann hatte sie einen Arbeitsunfall – ein schwerer Schicksalsschlag, der zu zwei Operationen und anhaltenden täglichen Schmerzen im Nacken geführt hat. Von ihrem Arbeitgeber fühlt sie sich im Stich gelassen, eine IV-Rente käme nicht in Frage, ein Handicap ist es für sie allemal.

Dass Filomena «Ausländerin» ist, merkte sie immer wieder, sei es wegen der Sprache – ein Gemisch aus Hoch- und Schweizerdeutsch – oder des Mentalitätsunterschieds. So fühlten sich viele Nachbarn vor den Kopf gestossen,



wenn plötzlich die junge Mutter samt Kindern vor der Tür stand und sich für einen gemeinsamen Spaziergang oder Kaffee interessierte. Das erzählt sie lachend, um dann ernst hinzuzufügen, dass sie es mittlerweile wichtig findet, die Mentalität der Menschen, die um einen herum wohnen, zu respektieren. Besonders angeeckt ist sie damit nicht, nur habe ihr mal eine Person eine Agenda geschenkt und gemeint, jetzt müsse sie also anfangen, genauso zu planen wie ihre Freunde. Filomena schmunzelt wieder und fügt an, dass sie mittlerweile genau weiss, bei wem sie einfach spontan – wie es ihre Art sei – reinschneien darf und wo sie lieber vorher anruft. Heute sagt sie: «Daheim sind wir da, wo wir uns wohl fühlen. – Und hier fühle ich mich sehr wohl.»

In die Vorstandsarbeit «reingeschnuppert»

In der Zeit, als sie nicht mehr arbeiten konnte, erinnerte sich Filomena wieder an die SP, der sie eigentlich schon länger beitreten wollte. Im Nachhinein bereut sie, nicht früher bemerkt zu haben, dass das bei der SP selbstverständlich auch ohne Schweizer Pass geht.

Bei ihrer ersten Parteiversammlung kannte sie die Hälfte der Gesichter schon aus ihrem

Wind in Frauenfeld



sehr aktiven Sozial- und Berufsleben. Also blieb sie. Und als schliesslich Dario Perera zum neuen Präsidenten der SP Frauenfeld gewählt wurde und noch ein Sitz im Vorstand frei blieb – wurde Filomena von ihrem Schwager vorgeschlagen. Sie sagte zu, einmal hineinzuschnuppern. Von «Schnuppern» kann mittlerweile keine Rede mehr sein. Filomena Bünter-Macario ist Kassierin, Vizepräsidentin und die Kandidatin, um den SP-Sitz in der Oberstufen-schulbehörde von Frauenfeld zu verteidigen.

Schon seit einem halben Jahr macht sie im Elternrat des Schulhauses Reutenen in Frauenfeld mit. Das ist ein von den Eltern selbst gegründeter Rat, der auch für die Fragen der Eltern zum Schulhaus und zur Schule da ist – so müssen Eltern nicht direkt bei Rektor oder Lehrer vorstellig werden, was besonders den Nicht-SchweizerInnen dient. Ein Integrationsbeitrag, der ihr wichtig ist. Auf die Schulpolitik aufmerksam wurde Filomena wegen all den Widersprüchen, die sie erlebte, als ihr Sohn eingeschult wurde. Ganz und gar anders sei es gewesen als in Italien. So arbeitete sie sich ein, freundete sich mit dem Modell der individuellen Förderung an und blieb trotzdem gesund kritisch.

In der Schulbehörde – sollte die Wahl denn gelingen – will sich Filomena erst mal einarbeiten. Die Sprachbarriere ist für sie ein Thema, gerade bei schriftlichen Arbeiten kann sie noch nicht mit Deutsch-Muttersprachlern mithalten. Auch beim Lesen sei sie halt vermutlich noch nicht so schnell wie ihre Behörden-geübten Kollegen. Doch für die starke Frau mit dem riesigen Willen dürfte auch das nicht mehr als eine kleine Hürde sein. Mit dem Amt möchte sie auch andere Einwanderer ermutigen, sich trotz nicht ganz perfekten Deutschkenntnissen in die Politik einzubringen.

Wer Filomena bei ihrem gut vorbereiteten Redefluss, der kaum Fragen meinerseits nötig macht, zuhört, der traut ihr noch viel mehr zu. Ich wünsche ihr viel Erfolg bei den Wahlen und – sollte es klappen – in ihrem zukünftigen Amt.

Julian Fitze



SMS-TALK



Andrin Theus (20)
Juso, Thurgau

Wie kam es dazu, dass du dich in der Juso engagierst?

Ich wurde bereits in der Familie politisch links geprägt. Schlussendlich war es die sich immer weiter öffnende Schere zwischen arm und reich und die extreme Ungerechtigkeit bei den Löhnen, die den Ausschlag gegeben haben. Für mich war also klar, dass ich mich engagieren will. Ganz nach dem SP-Slogan: Für alle statt für wenige!

Seit einiger Zeit bist du sogar Vorstandsmitglied der Juso Thurgau. Hast du eine bestimmte Aufgabe?

Ja ich bin für die politische Bildung zuständig. Verschiedene Referate von Gewerkschaften und Persönlichkeiten finden regelmässig an den Vollversammlungen statt. Auch Workshops organisiere ich mit.

Nicht schlecht :-). Aber back to work: Wo stecken momentan deine grössten Ambitionen?

Natürlich bei 1:12. Diese Initiative bringt die Sache auf den Punkt und gibt dem Volk die Möglichkeit, die Spielregeln der Wirtschaft wieder selber festzulegen. Ein weiteres Thema, das mir sehr am Herzen liegt ist die Hungersnot, die auf vielen Teilen der Erde grassiert. Da hat die JUSO mit der Spekulationsstopp-Initiative eine Antwort auf die unsäglichen Nahrungsmittelspekulationen. Einige Wenige bereichern sich auf Kosten von Milliarden. Der erste Schritt ist geschafft - 130'000 Unterschriften sind gesammelt!

Gratuliere! Es ist offensichtlich - die JUSO ist deine Partei. Wann werden wir vom Grossratskandidaten Theus lesen?

Noch ist es für mich nicht so weit, an eine Kandidatur zu denken. Viel wichtiger für mich ist, die 1:12 Kampagne im Thurgau zu unterstützen und mich für die JUSO Thurgau weiterhin zu engagieren. Aber sag niemals nie :-)

Da sind wir gespannt, danke für das Interview

Ich habe zu danken

VORSTOSS

Was, wenn Berufsrichter längere Zeit ausfallen? – Nachbesserung gewünscht

Die im Jahre 2011 in Kraft getretene Justizreform sieht neu Berufsrichter für die Bezirksgerichte vor. Wie die Laien- oder Bezirksrichterinnen und -richter werden auch sie in den Bezirken gewählt. Sie können deshalb auch nur an am Bezirksgericht ihres Wahlbezirks richten und urteilen. Im gleichen Wahlgang wie die Bezirksrichter werden jeweils auch zwei Suppleanten beziehungsweise Stellvertreter für sie gewählt.

War es ein Versehen, wurde es einfach vergessen?

Hingegen sind für die BerufsrichterInnen keine Suppleanten im Gesetz vorgesehen. Und genau dort liegt das Problem, das immer dann entsteht, wenn ein Berufsrichter oder eine Berufsrichterin wegen Krankheit, Unfall oder zum Beispiel auch Schwangerschaft für längere Zeit ausfällt. Entweder muss dieser Ausfall durch die anderen Berufsrichter kompensiert werden, oder die Arbeit bleibt auf bestimmte

Zeit liegen. Natürlich kann ein kurzfristiger Ausfall durch die Kolleginnen oder Kollegen aufgefangen werden. Problematisch wird es unweigerlich dann, wenn jemand für längere Zeit, also mehrere Monate, ausfällt.

Und leider kann das Problem nicht gelöst werden, indem man vorübergehend einen zusätzlichen Gerichtsschreiber oder eine Gerichtsschreiberin einsetzt, da diese nicht die Legitimation und Entscheidbefugnis eines Berufsrichters haben. Auch ein Austausch der Richter über die Bezirksgrenze hinweg ist von Gesetzes wegen nicht möglich.

Das Gesetz über die Zivil- und Strafrechtspflege (ZSRG) vom 17. Juni 2009 soll ergänzt werden

Deshalb habe ich mit vier weiteren Grossräten über alle Parteien hinweg eine Motion eingereicht. Wir fordern den Regierungsrat auf, das Gesetz über die Zivil- und Strafrechtspflege mit folgendem Zusatz zu ergänzen: Das Ober-

gericht soll auf Antrag in begründeten Fällen, namentlich wegen Krankheit, Unfall oder Schwangerschaft für eine beschränkte Zeit «ausserordentliche Ersatzrichter» ernennen können.

Es kommt ja eher selten vor, dass ein Ersatzrichter oder eine Ersatzrichterin für sehr lange Zeit ausfällt. Wir sind deshalb der Meinung, dass wir für diese aussergewöhnlichen prekären Fälle eine pragmatische Lösung vorschlagen. Natürlich muss die Motion erst noch vom Grossen Rat als erheblich erklärt werden, um dann vom Regierungsrat umgesetzt zu werden. Bis es so weit ist, wird es noch ein Weilchen dauern.

Inge Abegglen
SP-Kantonsrätin Arbon



JA AM 24. NOVEMBER

1:12

IST GENUG

FÜR ALLE
STATT
FÜR WENIGE

